

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 20.01.2005 um 18.10 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadträtin Wallrapp (ab 18.15 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Müller
Stadträtin Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Sozialstationen im Landkreis Kitzingen; Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kitzingen

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. – gruppen:

a. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein meint, dass man mit dem Rückgang des Zuschusses die Sozialstationen treffen wird, dies jedoch aufgrund der Haushaltslage auch im sozialen Bereich notwendig sein muss und stimmt eine Kürzung des Zuschusses zu.

b. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene findet, dass auch im sozialen Bereich gekürzt werden muss, wenn in allen anderen Bereichen ebenfalls gestrichen wird. Es fällt zwar nicht leicht, aber auch er stimmt einer Kürzung zu.

c. UoW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist für eine Kürzung des Zuschusses, da aufgrund der Haushaltskonsolidierung in allen Bereichen gekürzt wurde.

d. FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag ist der Meinung, dass man mit der Kürzung die Schwächsten der Bevölkerung trifft und er deswegen für Beibehaltung des bisherigen Zuschusses in Höhe von 1,-- €/Einwohner ist.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp möchte weiterhin die Sozialstationen mit 1,-- €/Einwohner bezuschussen.

f. ÖDP-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren beiden Vorrednern an und stellt den Antrag nochmals über 1,-- €/Einwohner abzustimmen.

B. Stadtrat Heisel ist der Meinung, den Zuschuss nicht auf 0,60 €/Einwohner zu kürzen, da letzten endlich die zu pflegenden Personen die leittragenden sind.

Stadtrat Konrad sieht es ein, dass aufgrund der Haushaltslage eine Kürzung notwendig ist, bittet jedoch den Zuschuss um 20 % auf 80 Cent/Einwohner zu kürzen.

Oberbürgermeister Moser fügt hinzu, dass auch die Verwaltung wisse, dass die Sozialstationen auf jede Zuwendung angewiesen sind, die Stadt Kitzingen müsse jedoch auch auf ihren Haushalt achten und daher ist eine Kürzung notwendig. Zum weiteren Vorgehen erläutert er, dass zunächst über den Finanzausschussbeschluss abstimmt werden muss, bevor über die gestellten Anträge Beschluss gefasst wird.

C. Mit 11 : 16 Stimmen

Der Beschluss des Finanzausschuss wird zum Beschluss des Stadtrats erhoben.

D. Mit 12 : 15 Stimmen

Die Stadt Kitzingen leistet im Jahr 2005 einen Zuschuss in Höhe von 1 € / Einwohner an die Sozialstationen.

Die entsprechenden Mittel in Höhe von 22.000 € werden im Haushalt 2005 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.

E. Mit 27 : 0 Stimmen

Die Stadt Kitzingen leistet im Jahr 2005 einen Zuschuss in Höhe von 0,80 € / Einwohner an die Sozialstationen.

Die entsprechenden Mittel in Höhe von 17.600,-- € werden im Haushalt 2005 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.

2. BV Volbers/Günther
BGVNr. 196/03 KT-Etwashaufen Fl.Nr. 6504.
Städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB

Mit 27 : 0 Stimmen

Der in der Anlage beigefügten Vereinbarung nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 BauGB wird zugestimmt.

3. Gemeindegrenzänderung

- A. Nach den Informationen zum Sachvortrag von Berufsmäßigem Stadtrat Groß bittet Stadtrat Rank ein Schreiben an die Gemeinden, die durch die Grenzänderung eine Fläche von der Stadt Kitzingen bekommen, zu verfassen. In diesem soll dargelegt werden, dass die Stadt Kitzingen ohne Gegenleistung die Flächen abgegeben hat mit der Hoffnung, dass dies bei einem gegebenenfalls ähnlichem Fall in der Zukunft auch von diesen Gemeinden so gehandhabt wird.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.
Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Stadt Kitzingen dadurch Grundsteuereinbußen haben wird.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass es sich laut Auskunft des Finanzamtes um eine unbewertete Fläche handelt und die Stadt Kitzingen somit keine Einbußen hat.

B. Mit 27 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis zur Änderung der Gemeindegrenze im Bereich der Gemarkung Repperndorf, Laushügel, Autobahn A 7 – Anschlussstelle Kitzingen.

Die Stadt Kitzingen gibt Flächen des Gemeindegebietes mit ca. 1,6 ha an andere Gemarkungen ab.

4. Widmung Stichstraße zur Siegfried-Wilke-Straße

Mit 27 : 0 Stimmen

Die Stichstraße zur Siegfried-Wilke-Straße, Fl.Nr. 3681/7, wird gem. Art. 6 Abs. 1 BayStrWG zur Ortsstraße i.S.d.Art. 46 Nr. 2 BayStrWG gewidmet.

Die Stichstraße mit einer Länge von 0,082 km beginnt an der Gemeindeverbindungsstraße Fl.Nr. 3682/9, Siegfried-Wilke-Straße und endet an der Südgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 3674/2 bzw. an der Ortsstraße Fl.Nr. 3678/15, Repperndorfer Siedlung.

Grundlage ist der Lageplan vom 28.12.2004.

5. Widmung des Weges entlang dem Rodenbach,
Fl.Nrn. 4916/11 Tfl. und 5397/1 Tfl. Gem. Kitzingen

Mit 27 : 0 Stimmen

Der Weg entlang dem Rodenbach, Fl.Nr. 4916/11 Tfl. und 5397/1 Tfl., Gem. Kitzingen, zwischen der Heinrich-Fehrer-Straße und der Tännigstraße, wird gem. Art. 6 Abs. 1 BayStrWG zum beschränkt-öffentlichen Weg i.S.d. Art. 53 Nr. 2 BayStrWG gewidmet.

Der Weg mit einer Länge von 0,115 km beginnt an der Kreisstraße KT 9 und endet an der Nordostgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 5351/3.

Grundlage ist der Lageplan vom 22.12.2004.

6 Einziehung eines öffentlichen Feldweges

Mit 27 : 0 Stimmen

Der öffentliche Feldweg Fl.Nr. 3851, Gem. Kitzingen, beginnend am Grundstück Fl.Nr. 3854 und endend am Weg Fl.Nr. 3843/50 ist auf eine Länge von 200 m gemäß Art. 8 Abs. 1 BayStrWG einzuziehen, da er seine Verkehrsbedeutung verloren hat.

7. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen;
Beitragsbedarfsberechnung (Globalberechnung) für den Herstellungsbeitrag

Mit 27 : 0 Stimmen

a) Von der durch das Büro Röder-Kommunalberatung GmbH, Würzburg, erstellten Beitragsbedarfsberechnung vom 15.12.2004 wird Kenntnis genommen.

b) Die Beitragssätze (§ 6 der Satzung) werden ab **01.04.2005** wie folgt festgelegt:

- | | |
|---|----------------|
| a) pro m ² Grundstücksfläche | 2,00 € |
| b) pro m ² Geschossfläche | 12,00 € |

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beitrags- und Gebührensatzung entsprechend zu ändern.

8. Haushaltskonsolidierung
Zeitnahe Abwicklung der Erschließungs- und Straßenbaubeiträge

Ohne Abstimmung

Von den Ausführungen im Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

9. Kommunales FörderprogrammWeiteres Vorgehen/Neufestsetzung der Fördermodalitäten**Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag des - SG 61 - wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die Fördermodalitäten – nachträglich – wie folgt zu modifizieren.

a) max. zuschussfähige Baukosten	rd. 33.000 €
b) max. Zuschusshöhe	15 %
c) max. Zuschuss	5.000 €

10. Anfrage von Stadtrat WeigleinGedenkakt anlässlich des Bombenangriffs vor 60 Jahren

Stadtrat Weiglein fragt nach, wie in diesem Jahr der Gedenkakt zum Bombenangriff über Kitzingen geplant ist. Aufgrund des 60-jährigen Gedenkens hält er es für sinnvoll evtl. am Vorabend oder am 23.02. selbst einen ökumenischen Gottesdienst abzuhalten.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass man in dieser Form schon tätig geworden ist. Am 22.02.05 ca. 19.30 Uhr wird ein Gedenkgottesdienst in der Evang. Stadtkirche stattfinden. Des weiteren ist am 01.02.05 ein Vortrag durch Prof. Dr. Schmidt im Luitpoldbau, der den Bombenkrieg gegen Deutschland zum Thema haben wird, geplant.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 18.45 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller